



Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Telefon (0211) 884 – 4441
Telefax (0211) 884 – 3636

Mail ralf.witzel@landtag.nrw.de

Düsseldorf, 9. Dezember 2016

PRESSEINFORMATION

Verschärfung der Mietpreisbremse für Essen nachteilig: Witzel sieht unnötiges Investitionshemmnis

Der Essener FDP-Landtagsabgeordnete Ralf Witzel hält die aktuell mit den Stimmen von SPD und Grünen im Landtag beschlossene Verschärfung der Mietpreisbremse für das genaue Gegenteil von dem, was für Essen als einer wachsenden Großstadt mit knappem Wohnraum und steigenden Mieten notwendig wäre.

„Die Mietpreisbremse stoppt die Mieten kaum, sie bremst nur den Wohnungsbau. Sie ist zugleich das politische Mißtrauensvotum von CDU, SPD und Grünen gegenüber allen Vermietern. Die von SPD und Grünen beschlossene sogenannte Fortentwicklung der Mietpreisbremse setzt die staatliche Manipulation der Mietpreise weiter fort und verhindert damit dringend notwendige Investitionen in den örtlichen Wohnungsbau“, bringt Witzel seine Kritik auf den Punkt.

Hintergrund: Rot-Grün will den Bezugsrahmen zur Bestimmung der ortsüblichen Vergleichsmiete von vier auf acht Jahren ausweiten. Das bedeutet, daß zur Berechnung der Mietpreise auch die acht Jahre alten Werte herangezogen werden. Damit wird die Signalwirkung des Preises ausgehebelt. Denn jedes Jahr der Verlängerung des Bezugsrahmens manipuliert die Mieten um 10 bis 20 Cent je Quadratmeter nach unten. Zudem sollen die auf die Jahresmiete umlegbaren Modernisierungskosten von elf auf neun Prozent reduziert werden.

Witzel ist überzeugt: „Die rot/grünen Maßnahmen werden die Investitionsneigung von Eigentümern noch weiter reduzieren und gehen zu Lasten des Werts des Wohnungsbestands und lassen keine einzige neue Wohnung am Markt entstehen. Investitionen in den Bestand werden ausbleiben, weil sie nicht mehr wirtschaftlich sind. Rot-Grün riskiert damit den Verfall von Wohnungen im Bestand.“

Die vermeintliche rot/grüne Fortentwicklung hält die FDP für eine deutliche Verschlechterung und fordert daher, die Mietpreisbremse zeitnah außer Kraft zu setzen. Sie sei ein untaugliches Instrument, um in Essen für ausreichend bezahlbaren Wohnraum zu sorgen. Sie werde im Gegenteil dringend erforderliche Investitionen in den örtlichen Wohnungsmarkt abwürgen. Dabei wären wirksame Anreize für den Wohnungsbau in der aktuellen Lage gerade notwendig. Denn nur zusätzlich verfügbare Wohnungen stärkten die Position der Wohnungssuchenden auf dem Wohnungsmarkt und senkten damit auch die Mietpreise.